

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 866 848 ppbn d
Telefax: 21 09 64

Inhalt

45. Jahrgang / 121

28. Juni 1990

Rudolf Scharping MdL
zum Umgang der Bon-
ner Koalitionsparteien
mit dem Vermögen von
Ost-CDU und LDPD:
Sanierung mit Millionen
der Blockparteien?

Seite 1

Peter Paul Gantzer MdL
zur Notwendigkeit, den
Verfassungsschutz
umzuschulen: Bayern
braucht keinen James
Bond mehr.

Seite 2

Dokumentation

Heinrich Albertz hat
sich mit einer Anspra-
che für die Verleihung
des Wilhelm-Hoegner-
Preises der bayeri-
schen SPD am 26. Juni
mit einer Ansprache
bedankt, die wir im
Wortlaut veröffentli-
chen.

Seite 3

Sanierung mit Millionen der Blockparteien?

Zum Umgang der Bonner Koalitionsparteien mit dem Vermögen von Ost-CDU und LDPD

Von **Rudolf Scharping MdL**

Landes- und Fraktionsvorsitzender der rheinland-pfälzischen
SPD

Mitglied des Parteivorstands der SPD

Zu den großen Lücken im ersten Staatsvertrag zwischen der BRD und der DDR, auf die die Sozialdemokraten nachdrücklich hinwiesen und hinweisen, gehören die Milliardenvermögen, die die stalinistische SED (jetzt PDS), aber auch ihre Blockpartner CDU und Liberaldemokraten samt Bauernpartei und FDJ in den Jahren der Unterdrückung angehäuft haben: auf Bankkonten und in bebauten und unbebauten Grundstücken. Über die gewaltigen Vermögen der SED ist schon viel geschrieben worden - und hier ist bei Bundesregierung, CDU/CSU und FDP die Neigung erkennbar am größten, die in die Milliarden gehenden Barbestände und das Firmen- und Grundvermögen sicherzustellen, sofern dies noch möglich ist. Denn vieles ist verkauft oder getarnt worden.

Weniger interessiert scheinen die West-Ost-Unterhändler an den Milliarden der SED-Zwillingsschwester Ost-CDU und LDPD, weil durchaus erwartet werden kann, daß die Gelder und Wertanlagen auch der Sanierung der Finanzen der "West-Parteien" dienen könnten, insbesondere der hoch verschuldeten Bonner CDU-Zentrale. Sie steht mit 70 Millionen DM in der Kreide.

Allein die Ost-CDU hat in der Zeit der Zugehörigkeit zum stalinistisch geprägten Parteienblock der DDR - bei etwa 120.000 Mitgliedern - ein Bar- und Grundstücksvermögen von geschätzten zwei Milliarden Ost-Mark anhäufen können, das nach der Währungsumstellung eine runde Milliarde DM ergeben dürfte, beim Grundvermögen mit stark steigender Tendenz! Selbst von der kleinen LDPD, die demnächst in der FDP aufgehen soll, wird allein das Vermögen an Grund und Boden auf etwa eine Milliarde DM geschätzt, ein Rieservermögen also, von dem die Bonner FDP des Grafen Lambsdorff nur träumen kann.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kredittüperzeugung
aus erneuerbaren Rohstoffen
Recycling-Paper



Wenn nicht sofort den Günstlingen von Ulbricht und Honecker ein Riegel vorgeschoben wird, wird der Grundsatz der Chancengleichheit für politische Neu- und Wiedergründungen - von der SPD über Bündnis '90, Demokratischer Aufbruch oder Grüne - auf Dauer festgeschrieben. Das wäre ein dauerndes Ärgernis, ein fortdauernder politischer Skandal, wie er schon bei den Wahlen vom 18. März und 6. Mai erkennbar war: Die "Blockflöten" wie Ost-CDU und Liberaldemokraten verfügten ausnahmslos über Zeitungen mit Großauflagen, über feste Mitarbeiter und Büros in allen Bereichen der DDR. Die noch kurz vor der friedlichen Revolution wieder gegründeten, vorher unterdrückten Sozialdemokraten hatten die Unterstützung von SPD-Partei-vorstand und Bezirken, die neuen Bewegungen wie das Neue Forum standen gar allein auf weitem Flur.

Das darf so nicht weitergehen. Die in den Zeiten von Ulbricht und Honecker angesammelten Milliarden aller Blockparteien müssen überprüft, die Verfügbarkeit eingeschränkt oder untersagt werden, um zu verhindern, daß aus altem neues Unrecht wird.

Im zweiten Staatsvertrag darf nicht der geringste Zweifel mehr bestehen, daß die Nachfolgeorganisationen und Schwesterparteien der Stalinisten aus der friedlichen Revolution und aus der von der Bundesrepublik finanzierten Währungsumstellung riesige Gewinne machen können. Es ist klarzustellen: Die Milliarden aller Blockparteien waren Diebstahl am Volk. Daher darf jetzt, nach dem 1. Juli, keine Mark in die Parteikassen fließen.

Die SPD wird schließlich auch daran erinnern müssen, daß die SED sich jenes Vermögens bediente, das sozialdemokratische Arbeiter und Angestellte mit ihren Groschen in Zeitungen und Druckereien investierten. 1933 belegten es Hitler und seine Helfer mit Beschlag, ab 1945 waren es Ulbricht und die Seinen. Auch über dieses Thema wie auch über das Vermögen der alten Gewerkschaften, wie es bis 1933 bestand, wird dringlich zu reden sein. Das Vermögen des stalinistischen FDGB als dem verlängerten Arm der SED, wird so zu behandeln sein wie das Geld und die Vermögen der Blockparteien!

Hier bleibt noch anzumerken, daß Oskar Lafontaine auch in den Skandalvermögen von SED & Co. einen der schwerwiegenden Schwachpunkte des von Kohl im Alleingang betriebenen Staatsvertrags sah und immer noch sieht und auf einer einwandfreien Regelung im Staatsvertrag II besteht. Mit Oskar Lafontaine bin ich darin einig, daß es kein Zufall ist, daß die Bereicherung von Ost-CDU und Ost-Liberalen bisher kein zentrales Thema war.

(-/28.6.1990/rs/ks)

Bayern braucht keinen James Bond mehr Zur Notwendigkeit, den Verfassungsschutz umzuschulen

Von Peter Paul Gantzer MdL

Sicherheitspolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Die politischen Umwälzungen in Osteuropa lassen einen Verfassungsschutz in Bayern als fraglich erscheinen. Ich fordere eine grundlegende Diskussion über die Notwendigkeit des Verfassungsschutzes. Wir brauchen keinen bayerischen James Bond mehr.

In einem Landtagsantrag habe ich von der Staatsregierung verlangt, bis zum 15. Juli vor dem Sicherheitsausschuß einen Bericht über die Zukunft des Verfassungsschutzes abzugeben. Hierbei ist insbesondere darauf einzugehen, welche Aufgaben noch unbedingt durch den Verfassungsschutz wahrzunehmen sind und wie die bisherigen sechs Abteilungen auf drei (Personal, Beschaffung und Auswertung) reduziert werden können.

Es muß weiterhin Aufgabe des Verfassungsschutzes bleiben, den äußersten rechten und linken Rand unseres Parteienspektrums sowie extremistische Bestrebungen im Ausländerbereich weiter zu beobachten. Möglicherweise wird es auch im Spionagebereich noch wahrnehmbare Aufgaben zu erfüllen geben. Doch der aufgeblähte Apparat des Verfassungsschutzes muß auf sein notwendiges Maß zurechtgestutzt werden.

Auf jeden Fall können die Abteilungen 5 (Industriespionage) und 6 (Ermittlung, Observation und Technik) weggelassen. Auch ist an die Auflösung der Abteilung 4 (Spionageabwehr) zu denken. Bis jetzt ist immer behauptet worden, daß es sehr viele fremde Agenten in unserem eigenen Lande gäbe. Spätestens seit der Demokratisierung der östlichen Länder müßten diese Spione bei uns auftauchen. Wo aber sind diese Agenten - wo sind sie geblieben? Mit dem Wegfall des Alleinvertretungsanspruches der kommunistischen Partei

und dem Verfall des Warschauer Paktes besteht kaum oder gar kein Aufklärungsbedarf mittels Agenten. Die konspirative Informationsgewinnung wird überflüssig.

Was die Abteilung 5 des Verfassungsschutzes betrifft, so wird es nach Öffnung der Grenzen und nach der Einführung der freien Marktwirtschaft automatisch so sein, daß das technische Know-how vertraglich ausgetauscht und exportiert wird. Sowelt die Interessen der Wirtschaft vor Industriespionage gefährdet sind, wird das inzwischen durch die Wirtschaft selber besser beherrscht als durch den Verfassungsschutz.

Ich schlage vor, dem Verfassungsschutz die Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Vorfeld zu übertragen. Denn diese bedient sich selber konspirativer Mittel und arbeitet wie ein Geheimdienst. Die "normale" Polizei aber ist hier relativ machtlos. Der Verfassungsschutz hätte die erforderlichen Mittel und Wege, um der organisierten Kriminalität einen Widerpart bieten zu können.

Die bayerischen Verfassungsschützer brauchen einen Umschulungskurs. Statt vermeintliche Ost-Spione und "Stoppt-Strauß-Wapperl" auszukundschaften, sollten sie beispielsweise nach Kokain schnüffeln und der Drogen-Mafia das Handwerk legen.

(-/28.6.1990/rs/ks)

DOKUMENTATION

In umgetriebenen Zeiten lernen, wie wichtig die Vielfalt ist

Heinrich Albertz hat sich mit einer Ansprache für die Verleihung des Wilhelm-Hoegner-Preises der bayerischen SPD am 26. Juni mit folgender Ansprache bedankt.

Zuerst habe ich den bayerischen Freunden zu danken, die mich mit dem Wilhelm-Hoegner-Preis geehrt haben. Als mir Karl-Heinz Hiersemann vor Monaten den Beschluß mitteilte, ich solle diesen Preis erhalten, habe ich meine Hemmungen, ihn anzunehmen, nicht verhehlt. Ich, ein protestantischer, noch dazu calvinistischer Preuße, durch meine Berliner Traditionen geprägt, ich ein jugendlicher Sozialdemokrat, der von Kurt Schumacher fasziniert, in die Partei eintrat - was verbindet mich mit Bayern? Wollen wir, sollen wir über solche Fragen nachdenken?

Ich möchte aus der Fülle der Fragen, die uns heute bewegen, nur diese eine herausgreifen. Wir sind das Volk, haben sie gerufen. Die nun schon fast vergessenen, an den Rand gedrängten, die Niedergeschrienen. Wir sind ein Volk, haben sie dann geschrien. Ach, ein Volk? Wieviel ist davon wahr?

Ich habe diesen kleinen Text auf einer ostfriesischen Insel geschrieben. Die Leute dort oben sind den Holländern jedenfalls näher als den oberbayerischen Bergbauern. Und ich habe mich schon ein bißchen amüsiert über jene berühmten Bilder des Jubels und Fahنشwenkens, ausgerechnet in Passau, gegenüber den Deutschen, die nicht durch eigene Schuld niemals den Text des Vater unsers gelernt haben. Was ist ein Volk? Was verbindet die Menschen? Die Sprache?

Hier versteht kein Mensch das norddeutsche Platt, außer vielleicht der Lübecker Willy Brandt. Die vielberedete Geschichte? Meine preußische und eure bayerische, die ja auch noch nicht so furchtbar lange von Hof bis Garmisch und von Lindau bis Passau reicht? Die Grenzen, die uns umschließen oder trennen? Ich stehe jedenfalls dem Pfarrer Schorlemer in Wittenberg sicher näher als etwa dem Bischof von Augsburg. Verbindet die Menschen nicht eine ganz andere Erfahrung, daß die sich am nächsten sind, denen ihre Region, ihr Land zur Heimat geworden ist?

Ich weiß, auch dieses Wort soll uns nun unentgeltlich gemacht werden durch die wöchentlichen Schnulzen von ARD und ZDF. Aber ich bin diesem großartigen Wilhelm Hoegner - und nun nenne ich diesen Namen zum ersten Mal - dadurch so nahe gekommen, gerade dadurch, daß er ein so unverfälschter, so geradliniger Bayer war. Einer, der - auch noch so oft im Streite mit ihnen - einer von ihnen blieb und sich dessen nicht schämte, nicht gleich ein großer Deutscher, gar ein Europäer, ein Weltbürger. Ach, diese Leute im Jet-set mit ihrem Kofferchen, die jetzt die Welt beherrschen und nirgends zu Hause sind. Es gibt Ausnahmen davon: Willy Brandt blieb ein Lübecker und ein Berliner, Herr Genscher kann nicht verleugnen, daß er aus Halle stammt. Und umgekehrt: So vieles, was den derzeitigen Bundeskanzler für jeden Nichtpfälzer so schwierig macht, ist eben das geliebte Oggersheim. Sollen wir darüber traurig sein? Rede ich der Provinzialität das Wort? Ist es nicht schlimm, wenn dieser begabte Oskar Lafontaine nun in der Springer-Presse als eine Art

Französling abgehandelt wird? Wir haben ja nun Gott sei Dank zwei Männer mit welschem Namen. Und der Pfälzer erfährt erstaut, was ein preußischer, reformierter Hugenotte ist. Ich finde das großartig.

Worauf will ich hinaus? Ich möchte, daß wir gerade in diesen umgetriebenen Zeiten lernen, wie wichtig die Vielfalt ist. Wilhelm Hoegner ist ein großer Zeuge für dieses föderale, bunte Prinzip der Vielfalt. Ich, ein Preuße, auf Berlin fixiert und damit auf einen Zentralstaat, verstahe als alter Mann langsam, wieviel Wert, wieviel Glanz ein Bund von Ländern haben kann, wenn er nicht zu regionalem Egoismus, sondern zum Einbringen der Vielfalt der Heimaten gebraucht wird.

Das Volk in Thüringen, Mecklenburg und Sachsen, das Volk im geliebten Brandenburg das Theodor Fontane ist sehr unterschiedlich gewachsen. Und nun erleben diese Leute die brutale Invasion der Westdeutschen. Manchmal denke ich, ein Einmarsch von Truppen ist ehrlicher als das, was jetzt vorgeht. Da weiß man, woran man ist. Jetzt ist die Okkupation verborgen - unter ihrem wichtigsten Schild, der Zaubermarkt, und hinter diesem Schild ist alles schon vor dem 1. Juli auf eine imperlinente Weise präsent: Unsere Parteien, unsere Banken, unsere Gesetze, das Steuersystem, ein Haer von Spekulanten, Skin-Heads und Porno, und es kommt der Alkohol am Steuer, die Freigabe des Tempos für die wichtigste Erneuerung der DDR, das Auto.

Freiheit, die ich meine? Die, die Bärbel Bohley meinte und die Pfarrer der Leipziger Kirchen? Eine Walze geht nieder über die Brüder und Schwestern. Und es sage mir niemand, sie hätten es so gewollt. Es ist ihnen in ihrem tiefsten Elend eingeredet worden. Die nagelneuen Fahnen für die ersten "Wir sind ein Volk"-Demonstration in Leipzig waren aus dem Westen geliefert. Die deutsch-nationalen Töne hat keiner von uns vermieden, die Regierenden haben sie bewußt gebraucht.

Nun steht der 1. Juli, das magische Datum unmittelbar davor. Die meisten Deutschen werden sich an diesem Tage mit dem Fußball beschäftigen. Aber was können wir tun? Wenn wir heute unter dem ehrwürdigen Namen des Wilhelm Hoegner versammelt sind, doch nur alle, um zu helfen, daß die Identitäten der Menschen zwischen Ostsee und Thüringer Wald nicht völlig platt gewalzt werden, zu rufen: Bleibt, die ihr wart, und seid, die ihr sein wollt. Alles muß darauf eingerichtet werden, daß ein Bundesstaat entsteht mit dem Akzent auf den ersten beiden Silben. Die Länder in der DDR haben den Vorrang vor allem weiteren, jedenfalls vor einem Zentralstaat in dem nun die Bundesbank bis zur Oder herrschen kann. Das föderalistische System deutscher Länder, für das Wilhelm Hoegner gelebt und gestritten hat, und das ich als junger Minister in Hannover noch belächelt habe, muß durchgehalten und neu bekräftigt werden. Zu meiner Freude scheint das der Bundesrat, wie seine letzte Sitzung zeigt, über alle Parteigrenzen hinweg begriffen zu haben.

Jawohl, wir sind das Volk, aber in seiner Vielfalt, in den unterschiedlichsten geschichtlichen Erfahrungen. Dieses Volk soll seine neue Verfassung beschließen. Der Fehler des Grundgesetzes, von oben diktiert und niemals zum Volksgut geworden, darf nicht wiederholt werden. Die Deutschen (West) kennen ja dieses Grundgesetz genauso wenig wie die Christen das neue Testament.

Ich hoffe, ich habe Sie mit diesem allem nicht all zu sehr strapaziert. Ich hoffe, Wilhelm Hoegner hätte sich, wenn er hätte zuhören können, nicht allzusehr geärgert. Ich hoffe, die bayerischen Sozialdemokraten, die größere SPD wird nicht mehr auf fahrende Züge aufspringen müssen, sondern die Kraft haben, mit allen Gutgesinnten die Weichen selber stellen zu können. Ich hoffe, es wird uns gelingen, daß wir nicht völlig vergessen, wer jeder von uns ist. Deutscher Patriotismus jedenfalls ist keine Sache von Amtsstuben und Expertenstäben. Europa wird nur leben, wenn jeder einbringt, was ihm durch seine Geschichte zugewachsen ist - und die Welt, die große Welt, wohl auch.

(-/28.6.1990/rs/ks)
